

Wochenkommentar

Die Freiheit schrumpft von links und rechts

Kaum war die Tat verübt, kippte in Amerika die Stimmung: Wer sich spöttisch über die Ermordung des rechten Aktivisten Charlie Kirk äusserte, musste plötzlich mit Repressionen rechnen. Universitäten warfen Studenten raus, Arbeiter verloren ihre Jobs. Der Fernsehsender ABC setzte wegen eines Kommentars zum Attentäter die Show des bekannten Satirikers Jimmy Kimmel ab – nachdem die Regulierungsbehörde FCC Druck auf den Sender ausgeübt hatte.

Der republikanische Vizepräsident blies gar zur Jagd auf linke Stimmen, die abfällig über Kirk sprachen. Dabei war es JD Vance selbst, der vor wenigen Monaten Europa belehrte, was Meinungsfreiheit sei. Nun ist es seine eigene Regierung, die Kritik mit der Gewalt des Staates bestraft. Ein Land, das einst stolz auf die ungefilterte Debattenkultur war, reagiert auf verbale Entgleisungen mit einem Klima der Einschüchterung.

Die Schieflage ist keine rein amerikanische – und beschränkt sich auch

nicht auf die Rechten. In Europa wird der Drang zum Maulkorb ebenfalls grösser. In Deutschland verlor die junge Journalistin Julia Ruhs ihre Sendung im öffentlich-rechtlichen Fernsehen. Ihr Vergehen? Sie vertritt eine konservative Weltsicht. In ihrem TV-Format berichtete sie kritischer über Migration als der Rest des politisch links verorteten Imperiums um ARD und ZDF. 250 Kolleginnen und Kollegen mobbten sie daraufhin per Protestbrief aus dem Programm.

In Grossbritannien reicht mittlerweile ein unbedachter Post in den sozialen Medien, um ins Gefängnis zu wandern. Ein deutscher Rentner bekam Besuch von der Polizei, weil er den Grünen Robert Habeck einen «Schwachkopf» nannte.

Beide politischen Lager bedienen sich der gleichen Reflexe. Die Linke rechtfertigt Sprachkontrolle mit Minderheitenschutz. Die Rechte missbraucht Machtinstrumente, um Gegner mundtot zu machen. Der Effekt ist derselbe: ein schmaler werdendes

Fenster dessen, was öffentlich sagbar ist. Dabei ist Meinungsfreiheit das Fundament jeder Demokratie. Sie lebt vom Streit über das, was andere für falsch, empörend oder geschmacklos halten. Dass die US-Regierung nun wegen genau solcher Einlassungen gegen Andersdenkende vorgeht, ist vor allem deshalb alarmierend, weil Trump mehrfach bewiesen hat, dass er sich in seiner Politik an keine Grenzen gebunden fühlt. Aussagen seines wichtigen Vordenkers Stephen Miller lassen dabei Böses erahnen: Die Demokratische Partei bezeichnet

«Die Schweiz wirkt wie der letzte verbliebene Marktplatz der Ideen. Doch auch dieser ist in Gefahr.»

dieser inzwischen öffentlich als «extremistische Organisation».

Für den demokratiefeindlichen Weg, den politischen Gegner nicht mehr mit Argumenten zu stellen, sondern einfach zu verbieten, haben sich die deutschen Grünen bereits entschieden. Sie werben mal wieder für ein AfD-Verbotsverfahren. Derweil gewinnt die AfD bei jeder Umfrage weiter an Stimmen.

Hierzulande ist der Meinungskorridor zum Glück noch breiter. Die Schweiz mit ihrer offenen Diskussionskultur wirkt bisweilen gar wie der letzte verbliebene echte Marktplatz der Ideen. Doch auch dieser ist in Gefahr. Das bekam etwa die Grüne Meret Schneider zu spüren, als sie eine stärkere Regulierung und notfalls Sperrung von Social-Media-Plattformen forderte – und ein beispielloser Shitstorm über sie hereinbrach. Diesen befeuerte damals auch Roger Köppel, der selbst mehrfach wegen seiner politischen Meinung zum Ziel von Angriffen wurde.

Ausgerechnet Köppel schickt sich nun an, die Streitkultur der Schweiz zu verteidigen. Denn auch bei uns zögen sich die Leute immer mehr in Blasen von Gleichgesinnten zurück, sagt der «Weltwoche»-Verleger. Deshalb geht er jetzt auf Tour. An Universitäten will er, nach dem Vorbild von Charlie Kirk, das Gespräch mit Andersdenkenden suchen.

Sein Vorhaben ist, ganz unironisch, ein echter Dienst an der Demokratie. Denn öffentliche Debatte ist ihr Wesenskern. Köppels Format könnte dabei sogar zum Exportschlager werden: für all jene Länder, die verlernt haben, jemanden ausreden zu lassen, auch wenn er Unsinn erzählt.



Fabian Hock
fabian.hock@chmedia.ch

Kommentar zum Bundesratsentscheid
Frühfranzösisch ist wichtig

Wenn immer mehr Kinder in Deutsch und Mathe den Anschluss verlieren, müssen die Alarmglocken schrillen. Das «mot d'ordre» muss lauten: Grundkompetenzen stärken. Zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe sind zu viel.

Dass der Bundesrat der wachsenden Zahl an Kantonen, die das Französisch auf die Sekundarstufe verbannen wollen, jetzt mit einer Frühfranzösisch-Pflicht droht, ist kein Ruhmesblatt für die föderale Kompetenzaufteilung. Aber das Eingreifen ist verständlich: Die Verständigung über Sprachgrenzen ist in der Schweiz ein Gut, das man nicht aufs Spiel setzen darf.

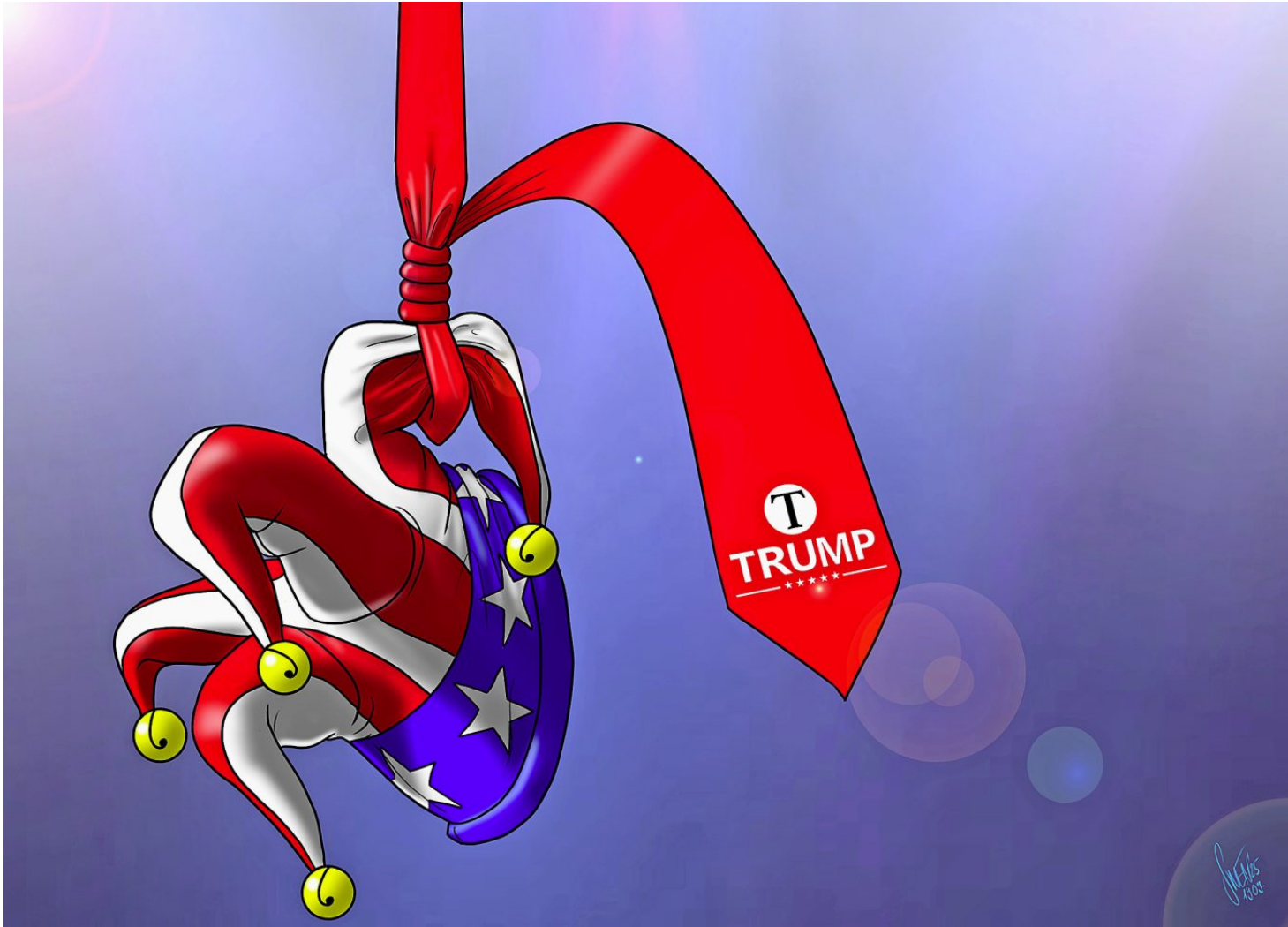
Die kantonalen Erziehungsdirektoren haben die Chance, die Intervention aus Bern abzuwenden. Der Vorschlag des Nidwaldner Bildungsdirektors Res Schmid – in der Primarstufe nur noch eine Fremdsprache ab der 5. Klasse, aber zwingend eine Landessprache

– ist ein gangbarer Kompromiss. Englisch ab der Sekundarstufe zu lehren, reicht aus. Denn über Musik, Games und Social Media kommen die Kinder ohnehin ständig mit der Weltsprache in Kontakt.

Genau dieser unbeschwerte Zugang fehlt beim Französisch. Es reicht darum nicht, das Französisch unreflektiert auf Primarstufe beizubehalten. Sondern es braucht einen Mentalitätswandel. Gefordert sind positive Kontakte mit der Sprache, damit Französisch sein Image als unbeliebtes Pflichtfach abstreifen kann. Schulreisen in die Romandie, Austauschprogramme, französischer Rap im Musikunterricht: all das sollte zum Standard werden. Und auch die Eltern stehen in der Pflicht, die Neugier für die Sprache von Molière stärker zu wecken. Frühfranzösisch kann funktionieren – wenn man denn will.

Julian Spörri
julian.spoerri@chmedia.ch

Karikatur der Woche von Silvan Wegmann



Eine Frau wird niedergeschlagen, ruft die Polizei – aber die kommt nicht. Politiker von Linksaussen tragen dafür eine Verantwortung

Die Schande von Zürich darf sich nicht wiederholen

In einem Tram in Zürich schlägt ein junger Syrer auf eine Frau ein, bis sie das Bewusstsein verliert. Zwei Mitreisende überwältigen den Angreifer, rufen die Stadtpolizei an – aber es rückt niemand aus. Dem Mann gelingt die Flucht.

Dieser Vorfall beschäftigt die Öffentlichkeit. Die Attacke berührt eine weit verbreitete Sorge, vor allem unter Frauen: die Angst vor Gewalt in öffent-

lichen Verkehrsmitteln zu später Stunde. Einige ÖV-Betriebe stellen zwar Personal an, das nicht Billette kontrolliert, sondern um die Sicherheit bemüht ist. Trotzdem kommt es immer wieder zu Übergriffen.

Völlig inakzeptabel ist das Verhalten der Stadtpolizei Zürich: Wenn Polizisten in einer Notlage nicht ausrücken – wozu gibt es sie denn? Es spielt keine Rolle, dass gleichzeitig in Zü-

rich linke Chaoten wüteten und ein Stadtfest abgehalten wurde. Bei einer Überlastung kann man ein anderes Polizeikorps, zum Beispiel des Kantons, um Unterstützung bitten. Das geschah aber nicht.

So untergräbt man das Vertrauen der Bürger in die Institutionen. Das Problem in Zürich hat einen politischen Hintergrund. Die rot-grüne Mehrheit des Stadtparlaments

bewilligt nur einen Teil der neuen Stellen, welche die Polizeivorsteherin schaffen will. Als Grund geben die Gemeinderäte zuweilen an, dass die Polizei ohnehin Mühe habe, offene Stellen zu besetzen.

Das trifft zu. Aber warum ist es so? In einer grossen Stadt ist die Kriminalität höher als auf dem Land. Da ist es hilfreich, wenn die politischen Gremien ohne Vorbehalte hin-

ter den Ordnungskräften stehen. In Zürich sprechen einige Politiker von Linksaussen mit gespaltener Zunge über die Polizei: Es brauche sie zwar. Aber sie solle schonungsvoll mit gewaltbereiten Krawallanten umgehen.

Die Arbeitslast ist hoch, und die politische Rückendeckung lässt zu wünschen übrig. Das verleidet vielen Stadtpolizisten. Der Vorfall im Tram sollte

als Weckruf dienen. Die Stadtpolizei Zürich braucht einige Stellen mehr. Und Politiker, die ein gestörtes Verhältnis zum Gewaltmonopol der Polizei haben, kann sich Zürich nicht länger leisten. Es darf sich nicht wiederholen, dass eine junge Frau im öffentlichen Raum niedergeschlagen und dann im Stich gelassen wird.

Francesco Benini
francesco.benini@chmedia.ch